

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

ENDGÜLTIG
A5-0163/2001

30. April 2001

BERICHT

über die Mitteilung der Kommission über die Erdölversorgung der Europäischen Union

(KOM(2000) 631 – C5-0739/2000 – 2000/2335(COS))

Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Rolf Linkohr

INHALT

	Seite
GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE	4
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG.....	6
BEGRÜNDUNG.....	11
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN, MENSCHENRECHTE, GEMEINSAME SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK	15
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG	19
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELTFRAGEN, VOLKSGESUNDHEIT UND VERBRAUCHERPOLITIK	25
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR REGIONALPOLITIK, VERKEHR UND FREMDENVERKEHR	30

GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2000 übermittelte die Kommission dem Europäischen Parlament ihre Mitteilung über die Erdölversorgung der Europäischen Union (KOM(2000) 631 – 2000/2335(COS)).

In der Sitzung vom 15. Januar 2001 gab die Präsidentin des Europäischen Parlaments bekannt, dass sie diese Mitteilung an den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie als federführenden Ausschuss sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Währung, den Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr, am 18. Januar 2001 an den Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik und am 1. Februar 2001 an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik als mitberatende Ausschüsse überwiesen hat (C5-0739/2000).

Der Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie benannte in seiner Sitzung vom 7. November 2000 Rolf Linkohr als Berichterstatter.

Er prüfte die Mitteilung der Kommission und den Berichtsentwurf in seinen Sitzungen vom 27. Februar 2001, 26. März 2001 und 25. April 2001.

In der letztgenannten Sitzung nahm der Ausschuss den Entschließungsantrag mit 35 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und ohne Enthaltung an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Carlos Westendorp y Cabeza, Vorsitzender; Renato Brunetta und Peter Michael Mombaur, stellvertretende Vorsitzende; Ward Beysen (in Vertretung von Elly Plooij-van Gorsel), Guido Bodrato, Gérard Caudron, Giles Bryan Chichester, Nicholas Clegg, Willy C.E.H. De Clercq, Harlem Désir, Concepció Ferrer, Francesco Fiori (in Vertretung von Umberto Scapagnini), Colette Flesch, Christos Folias, Glyn Ford, Per Gahrton (in Vertretung von Caroline Lucas), Lisbeth Grönfeldt Bergman (in Vertretung von Anders Wijkman), Michel Hansenne, Malcolm Harbour (in Vertretung von Christian Foldberg Rovsing), Roger Helmer, Eryl Margaret McNally, Nelly Maes, Elizabeth Montfort, Hervé Novelli (in Vertretung von Paul Rübig), Reino Paasilinna, Samuli Pohjamo (in Vertretung von Astrid Thors), John Purvis, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Alexander Radwan (in Vertretung von Werner Langen), Bernhard Rapkay (in Vertretung von Norbert Glante), Daniela Raschhofer, Mechtild Rothe, Ilka Schröder, Konrad K. Schwaiger, Esko Olavi Seppänen, Jaime Valdivielso de Cué, W.G. van Velzen, Alejo Vidal-Quadras Roca und Dominique Vlasto.

Die Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik und des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr sind diesem Bericht beigelegt.

Der Bericht wurde am 30. April 2001 eingereicht.

Die Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen wird im Entwurf der Tagesordnung für die Tagung angegeben, auf der der Bericht geprüft wird.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission über die Erdölversorgung der Europäischen Union (KOM(2000) 631 – C5-0739/2000 – 2000/2335(COS))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission (KOM(2000) 631 – C5-0739/2000),
 - gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichtes des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie und der Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik und des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr (A5-0163/2000),
- A. in der Erwägung, dass der weltweite Erdölverbrauch bis zum Jahr 2020 bei schätzungsweise 115 Mio. Barrel pro Tag liegen wird, im Vergleich zu ca. 77 Mio. Barrel pro Tag im Jahr 2000,
- B. in der Erwägung, dass sich die starke Erdölimportabhängigkeit eher noch steigern wird von derzeit ca. 75% auf über 85 % im Jahr 2020,
- C. in der Erwägung, dass nach heutigen Prognosen 71% der Endnachfrage nach Erdöl im Jahr 2020 auf den Verkehrssektor, 7 % auf die Industrie, 8 % auf den Dienstleistungssektor und 14 % auf die Privathaushalte entfallen werden,
- D. in der Erwägung, dass die hohen Erdölpreise und Preisschwankungen vor allem ärmere Bevölkerungsschichten treffen,
- F. in der Erwägung, dass Vorhersagen über den Erdölpreis unmöglich sind und wir mit einer weiteren Labilität der Preise rechnen müssen; allein zwischen Spätsommer 2000 und Dezember 2000 lag die Preisspanne zwischen 37 \$ und ca. 24 \$ pro Barrel Rohöl,
- F. in der Erwägung, dass sich durch bereits vorhandene Technik noch große Mengen an Öl einsparen lassen; so ließen sich, hochgerechnet auf Europa, nur durch das Einsetzen besserer Fenster jedes Jahr ca. 65 Millionen Tonnen Erdöl einsparen, was nach aktuellen Verbraucherpreisen etwa 25 Milliarden Euro pro Jahr oder in anderen Worten 20% der gesamten Erdölförderung in Europa bedeutet,
1. fordert die Kommission und den Rat auf, einen effizienten Dialog mit den wichtigsten Erdölproduzenten aufzubauen, insbesondere der OPEC, der Russischen Föderation und den

am Kaspischen Meer gelegenen Staaten; dieser Dialog muss ungeachtet der jeweiligen Marktlage für die Bezieher oder die Verkäufer von Öl stattfinden und von den im gemeinsamen Interesse liegenden weitergehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen bestimmt sein;

2. fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, ihre Strategien im Hinblick auf Politik, Wirtschaft und Energieversorgung gegenüber den wichtigsten Ölproduzenten weitestgehend zu koordinieren und somit wirklich und effizient mit einer Stimme zu sprechen;
3. fordert, dass dieser Dialog die Belange der Entwicklungsländer berücksichtigt;
4. spricht sich dafür aus, dass die EU im Dialog mit den OPEC- und Nicht-OPEC-Ländern die noch zunehmende doppelte Abhängigkeit der EU, nämlich von in Dollar ausgedrückten Preisen pro Barrel und vom Dollar selbst, zu verringern versucht und den Weg für eine Zahlung in Euro bereitet;
5. fordert angesichts des strategischen europäischen Interesses an einer stabilen Energieversorgung die Entwicklung von langfristig angelegten Strategien für die Region des Persischen Golfs sowie des Kaspischen Meeres und des Kaukasus, welche versuchen, die Diversifizierung der EU-Energieimporte zu gewährleisten, die Marktmacht der OPEC zu begrenzen und einen Beitrag zur Stabilisierung und Entwicklung der Regionen zu leisten;
6. begrüßt in diesem Zusammenhang in Anbetracht der engen Verbindung zwischen Mittelmeerraum und Nahem Osten die energiepolitischen Maßnahmen der Kommission im Rahmen der Zusammenarbeit Europa – Mittelmeer und fordert, dass der Dialog zwischen der Union und den am Barcelona-Prozess beteiligten nichteuropäischen Ländern verstärkt wird, der mit dem Energieforum Europa – Mittelmeer eingeleitet wurde;
7. fordert, dass sich die EU stärker bemüht, Erdöl so weit wie möglich durch andere Energieträger zu ersetzen;
8. betrachtet die Kernenergie unter den derzeitigen Sicherheitsbedingungen in den modernen Kraftwerken als Alternative für einen Teil des Erdölverbrauchs, wenn das Problem der Abfälle gelöst wird;
9. ist der Ansicht, dass die erneuerbaren Energiequellen und die Biobrennstoffe den Verbrauch von Erdöl und Erdölderivaten teilweise ersetzen können und dass die Investitionen in die technische Erforschung der rationellen Energienutzung, von erneuerbaren Energiequellen und Biobrennstoffen mittel- und langfristig positive Auswirkungen haben werden;
10. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Wettbewerbsverzerrungen am Energiemarkt zu beseitigen, insbesondere durch eine Internalisierung externer Kosten sowie durch faire Durchleitungstarife für Strom aus erneuerbaren Energieträgern, um diesen eine Entwicklungsmöglichkeit zu geben, wie dies das Parlament am 16.11.2000 gefordert hat;
11. weist darauf hin, dass die Energiesteuern in der EU 2,1 % des BIP gegenüber 0,9 % in Japan

und 0,5 % in den USA ausmachen; fordert die Kommission auf, sich für eine gerechtere Verteilung der Belastung im Hinblick auf die Umsetzung der Emissionsziele von Kyoto einzusetzen;

12. schlägt angesichts der fehlenden Fortschritte, die im Rat bezüglich der Richtlinie über die Besteuerung von Energieerzeugnissen zu verzeichnen sind, vor, dass die Höhe der Energiesteuern in den EU-Mitgliedstaaten dem steuerlichen Wettbewerb im Rahmen eines wirklich offenen und gerechten Binnenmarkts für Verkehr und Kraftstoff überlassen werden sollte;
13. erinnert daran, dass die Verwendung steuerlicher Instrumente zur Dämpfung des Anstiegs der Weltmarktpreise für Öl mit den wirtschaftspolitischen Leitlinien und den im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eingegangenen Verpflichtungen vereinbar sein muss; fordert den Rat auf, unverzüglich eine Entscheidung über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Besteuerung von Energieerzeugnissen, der seit 1997 auf Eis liegt, zu fällen;
14. fordert den Rat „Allgemeine Angelegenheiten“, den ECOFIN-Rat und den Verkehrsministerrat auf, in Zusammenarbeit mit der Kommission einen Abstimmungsmechanismus zu erarbeiten und in Kraft zu setzen, der es erlaubt, innerhalb der Europäischen Union in Zukunft koordiniert auf einen kurzfristigen Anstieg des Ölpreises zu reagieren;
15. regt eine Debatte über die Frage an, ob gegebenenfalls harmonisierte Mineralölsteuern an den fluktuierenden Ölpreis angepasst werden können;
16. fordert, dass die unterschiedliche steuerliche Belastung der Transportunternehmen in Europa aufgehoben wird;
17. fordert die Kommission auf, die Liberalisierung des Gasmarkts zu beschleunigen, um den Wettbewerb schneller als vorgesehen zu beleben;
18. fordert die Kommission angesichts der Liberalisierung der Gasmärkte auf zu prüfen, ob weiterhin eine enge Kopplung der Öl- und Gaspreise in der EU erforderlich ist, und diesbezügliche Empfehlungen abzugeben;
19. hebt hervor, dass Erdgas, auch wenn es auf Dauer den steigenden Energiebedarf nicht wird decken können, als Alternative für einen Teil des Erdölverbrauchs und zur Diversifizierung der Energieträger und ihrer Herkunft dienen kann;
20. schlägt vor, dass im Lichte möglicher langfristiger Vorteile für die strategische Versorgung geprüft werden sollte, ob der Bau von Erdöl- und Erdgasleitungen aus dem Nahen Osten und Westafrika nach Europa möglich ist;
21. begrüßt die Absicht der Kommission, den Energieverbrauch im Verkehrssektor zu verringern, und empfiehlt, der Forschung auf diesem Gebiet innerhalb des 6. Rahmenprogramms Priorität einzuräumen;
22. fordert die Kommission auf, gemeinsam mit der Industrie dieses Sektors Maßnahmen zur

Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden einzuleiten;

23. befürwortet das Vorhaben der Kommission, dem Rat von Göteborg einen Plan für Energieeinsparungen und die Diversifizierung der Energieträger vorzulegen, der sowohl auf eine effizientere Energienutzung - insbesondere in Gebäuden - als auch auf die Förderung der Entwicklung einer neuen Fahrzeuggeneration abzielt;
24. fordert die Kommission auf, neue Energiesparprogramme zur rationellen Energieverwendung zu erarbeiten und die bestehenden Programme SAVE II und ALTENER II beizubehalten;
25. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen im Erdölsektor sowie um die Einhaltung der geltenden Wettbewerbsregeln zu verstärken; insbesondere sind Oligopole und Kartelle im Bereich der Raffination und der Verteilung an die Verbrauchsstellen zu untersuchen und zu unterbinden;
26. fordert die Kommission auf, das Verhältnis zwischen den Preismargen an der Zapfsäule und dem sich daraus ergebenden Niveau der Wirtschaftlichkeit, der Investitionen und der Konzentration der Tätigkeit der nachgelagerten Unternehmen zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten;
27. fordert die Kommission auf, die Erdölförderung, insbesondere in den Lagerstätten der EU, durch die Förderung der Forschung sowie der Investitionen in verbesserte Technologien zur Ausbeutung der Lagerstätten zu steigern;
28. stellt fest, dass Erdöl eine kostbare nicht erneuerbare Ressource ist, die für wichtige Lebensbereiche wie etwa für die Herstellung von Medikamenten benötigt wird; der verschwenderische Umgang mit Erdöl ist allein aus Umweltschutzgründen, aber auch aufgrund weiterer drohender Versorgungsengpässe besorgniserregend; fordert daher die Kommission und den Rat auf, eine Strategie für einen schonenden Umgang mit der kostbaren Ressource „Erdöl“ zu entwickeln;
29. teilt die Ansicht der Kommission, dass ohne eine wirksame Politik zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energieträger und ohne strukturelle Anpassungen in den Sektoren mit hohem Energieverbrauch ein wesentlicher Anstieg des Bruttoinlandsverbrauchs von Erdöl in der Europäischen Union folgt; fordert daher Kommission, Rat und die Mitgliedstaaten auf, rasch wirksame Maßnahmen, insbesondere im Verkehrs- und Hochbausektor, zu ergreifen;
30. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Siedlungsstrukturen künftig generell in Richtung auf eine hohe Energieeffizienz zu planen und insbesondere an Verkehrsstrukturen mit geringer Ölabhängigkeit anzupassen;
31. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung der Kommission und dem Rat sowie den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Begründung

Von Februar 1999 bis Spätsommer 2000 sind die Erdölpreise rapide gestiegen. Diese Preissteigerung hatte in vielen Ländern schockartige Auswirkungen und führte in einigen Mitgliedsländern der EU zu unkoordiniertem Handeln. Doch im Gegensatz zur ersten Ölkrise im Jahre 1973 handelte es sich dieses Mal um eine eher spekulative Preissteigerung, nicht um eine echte Versorgungskrise. Außerdem haben sich im Vergleich zu 1973 drei Parameter verändert:

1. Die ölexportierenden und ölverbrauchenden Staaten suchen die Zusammenarbeit, nicht die Konfrontation. Die Grundlagen für einen fruchtbaren Dialog sind damit vorhanden.
2. Auf dem Markt sind inzwischen auch andere Nachfrager aufgetaucht: Europa und Asien konkurrieren um die gleichen Energiequellen.
3. Die Europäische Union hat sich in Kyoto verpflichtet ihre Treibhausgasemissionen bis zum im Zeitraum 2008-2012 um 8% gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken.

Die Preissteigerung vom Herbst 2000 wird vermutlich nicht die letzte sein. Wir werden uns längerfristig eher auf höhere als auf niedrigere Ölpreise einstellen müssen. Daraus ergibt sich eine neue wirtschaftliche und politische Sachlage. Die Preise können aber auch wieder fallen, wie gegen Ende des Jahres 2000. Deswegen sollte eine Stabilisierung der Preise auf einem für beide Seiten akzeptablen Niveau angestrebt werden.

Stabilisierung der Preise

Die starken Preisschwankungen sind ein großes Problem bei der Erdölversorgung. Plötzliche Energiepreisschwankungen bergen für unsere Gesellschaft große ökonomische und soziale Risiken. Wirtschaft und Politik haben ein großes Interesse an einer stabilen und berechenbaren Ölpreispolitik. Höhere Ölpreise verschlechtern auch die Handelsbilanz. Nach Schätzungen der Kommission ist für das Jahr 2000 mit einem Energiehandelsbilanzdefizit für die Gemeinschaft von rund 114 Mrd. Euro oder 1,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu rechnen. Demnach wäre das Defizit um 52 Mrd. Euro oder 0,6 % des BIP höher als 1999.

Gründe für den Preisanstieg

1998 lag das Rohölangebot weit über der weltweiten Nachfrage, was zu einem drastischen Rückgang der Rohölpreise führte. Nach einigem Zögern reagierte die OPEC mit einer Verringerung des Rohölangebots, obwohl gleichzeitig die weltweite Nachfrage stieg. Die OPEC hielt sich überraschend diszipliniert an die vereinbarten Fördermengen, trotz eines wachsenden Bedarfs an Öl nach der Überwindung der Asienkrise. Insofern kann man die restriktive Förderpolitik der OPEC als Hauptgrund für den Preisanstieg nennen. Weitere Ursachen ist die gestiegene Nachfrage, die Euroschwäche und die Spekulation an den Spotmärkten. Die fehlenden Raffineriekapazitäten waren hingegen nur ein marginaler und temporärer Faktor.

Allgemein kann man sagen, dass das Preisniveau von folgenden Faktoren abhängt:

- Wirtschaftswachstum in den Importländern
- Fortschritte bei der Beherrschung der Nachfrage

- Erschließung neuer Reserven
- Verschärfung der Umweltschutzvorschriften

Ein überhöhter Preis hätte auch aus Sicht der Förderländer negative Auswirkungen. So würden die Nicht-OPEC Staaten mehr Öl produzieren. Auch ginge die Nachfrage drastisch zurück, was nicht im Interesse der OPEC liegen kann. Auch würde die Wirtschaft der ölimportierenden Länder stark belastet. So liegt der von der OPEC angestrebte Preis zwischen 22 und 28 \$ pro Barrel im Interesse beider Seiten.

Geopolitische Einflüsse

Nicht nur die Reduzierung der Fördermengen bei einem gleichzeitigen Nachfrageanstieg hat die Preisentwicklung beeinflusst. Außenpolitische Ereignisse wie das jüngste Problem beim Friedensprozess im Nahen Osten, das Embargo gegen den Irak oder die Unsicherheit der Entwicklung im Iran und in Libyen spielen eine wichtige Rolle. Bei der erheblichen Öl-Importabhängigkeit der Europäischen Union wird Energiepolitik auch immer mehr zur Außenpolitik.

Auch die Führung der Pipelines hat eine große außenpolitische Bedeutung. Das erfolgreiche INOGATE Programm (Interstate Oil and Gas Transport Europe) verdient Unterstützung, denn es ist ein Beispiel für gute Beziehungen zu den Förderländern. Die Versorgungslage in einer erweiterten Europäischen Union kann durch die Sanierung und Optimierung der Erdöl - und Erdgasnetze der ehemaligen Sowjetunion langfristig verbessert werden. Unser Ziel sollte es sein, die Ressourcen Russlands und der Kaspischen Senke wieder stärker für Europa nutzbar zu machen. Das Interesse beruht auf Gegenseitigkeit, denn auch der Russischen Föderation zieht Nutzen aus diesem Programm.

Aufgrund der großen außenpolitischen Bedeutung der Energiepolitik ist ein **ständiger Dialog** der EU mit den OPEC-Staaten unerlässlich. Die Beziehung zwischen der Europäischen Union und den Ölförderländern müssen intensiviert und in einer gewissen Weise auch institutionalisiert werden. Immerhin ist die EU eine der großen Wirtschaftsmächte und zweitgrößter Mineralölkonsument.

Obwohl die Zeiten der Konfrontation vorbei sind, ist ein solcher Dialog zur besseren Verständigung zwischen erdölproduzierenden und -konsumierenden Staaten notwendig. Dieser konstruktive Dialog soll eine intensivere Zusammenarbeit ermöglichen und die Rahmenbedingungen für eine größere Transparenz des Marktes und für eine langfristige Stabilisierung der Preise festlegen.

Dazu ist es notwendig, dass die europäische Seite mit einer Stimme spricht. Die entscheidende Frage ist, ob die EU bereit ist, eine Person zu nennen, die für sie spricht. Ein erster Ansatz wurde bereits gemacht, als die Energiekommissarin beim 7. Internationalem Energieforum in Riad vom 16./17. November 2000 die EU vertrat. Denkbar ist auch, dass die OPEC mit der Internationale Energieagentur (IEA) verhandelt und die Europäische Union als Teil der IEA auftreten würde.

Die Schlussfolgerung aus den skizzierten geopolitischen Einflüssen und Handlungskonsequenzen ist eine europäische Energieaußenpolitik. Deshalb muss auch bei der nächsten Vertragsänderung ein Energiekapitel eingefügt werden.

Verkehr und Umwelt

Nach derzeitigen Prognosen wird der Verkehrssektor im Jahre 2020 für 71 % der Erdölnachfrage verantwortlich sein. Damit ist er der Schlüsselbereich bei der Reduzierung der Ölabhängigkeit. Es ist nicht einfach, Benzin zu ersetzen, aber auch nicht unmöglich. Deshalb muss die Suche nach neuen Kraftstoffen (Gas, Wasserstoff, Methanol, etc.) forciert werden. Dafür müssen mehr Gelder bereit gestellt werden. Längerfristiges Ziel sollte die Gewinnung von Wasserstoff aus nichtfossilen Energiequellen sein.

Parallel zur Forschung über alternative Kraftstoffe ist es unabdingbar, sich um andere Verkehrsträger zu kümmern. Die Wiederbelebung des Schienenverkehrs spielt hier eine tragende Rolle. 1970 wurde beispielsweise noch weniger als die Hälfte des Verkehrsaufkommens im Straßenverkehr abgewickelt, heute ist es 80%. Auch ein rationellerer Individualverkehr in den Stadtzentren und die Förderung des umweltfreundlichen städtischen Nahverkehrs sind von großer Bedeutung.

Im Verkehrssektor ist es höchste Zeit, eine Harmonisierung der direkten und indirekten Steuern sowie der sonstigen Belastungen im Transportgewerbe herbeizuführen, denn die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Union sind gravierend.

Auch ist die Ausrichtung der Verkehrspolitik auf eine stärkere Integration der Verkehrsmärkte und der Verkehrsmodi (intermodaler Verkehr) dringend notwendig.

Nach den derzeitigen Berechnungen werden die Emissionen im Jahre 2010 aus dem Verbrauch von Mineralölprodukten mehr als 50 % der Gesamtemissionen an CO₂ betragen. Allein im Verkehrssektor sollen die Emissionen um 35 % steigen (Referenzjahr 1990). Diese Prognosen zeigen einen dringenden Handlungsbedarf auf. Die Energieeffizienz muss gesteigert und erneuerbare Energieträger gefördert werden.

Harmonisierung der Mineralölsteuern

Im Herbst diesen Jahres haben wir steuerliche Alleingänge von Mitgliedstaaten erlebt, die aufgrund eines starken öffentlichen Drucks reagierten. Steuersenkungen sind jedoch, auch wenn sie von Fall zu Fall geschehen, nicht ohne weiteres mit den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften (z.B. den Zielen der EU in der Umwelt- Energie- und Verkehrspolitik) vereinbar und auch nicht wünschenswert. Außerdem wäre eine Abfederung der hohen Mineralölpreise durch Steuersenkungen für die ölexportierenden Staaten die Lizenz für hohe Preise. Viel besser wäre eine Annäherung der Steuern der Mitgliedstaaten auf einem höheren Niveau. Eine harmonisierte Energiesteuer könnte als flexibles Instrument starke Preisausschläge dämpfen. Längerfristig ist auch eine gemeinsame Mineralölsteuer, als Ersatz der Kraftfahrzeugsteuer denkbar.

Doch auf eine harmonisierte Energiesteuer konnten sich die Finanzminister bisher nicht einigen. Statt dessen hat die schwedische Ratspräsidentschaft eine Sonderregelung vorgeschlagen. Auf 2 Jahre begrenzt und degressiv ausgestaltet sieht diese nationale Alleingänge bei Kraftstoffbeihilfen vor, obwohl die Ölpreise inzwischen wieder kräftig

gesunken sind und die Grundlage für die Beihilfen entfallen ist. Aus innenpolitischen Gründen wird hier EU-Recht wissentlich missachtet und Wettbewerbsverzerrungen herbeigeführt und die Kommission drückt ein Auge zu. Genau betrachtet liegt hier eine Vertragsverletzung vor.

Zur Erinnerung: Die Basisstruktur für eine Verbrauchsteuer auf Mineralöle (Heiz- und Kraftstoffe) in der Gemeinschaft wurde in der Richtlinie 92/81/EWG geregelt. In den ursprünglichen Vorschlägen der Kommission für die Verbrauchsteuersätze auf Mineralöle im Rahmen des Binnenmarkt-Programms war eine absolute Harmonisierung auf der Grundlage von Mittelsätzen vorgesehen. Die Kommission war der Ansicht, daß in Anbetracht der gegenüber den Sektoren Alkohol und Tabak größeren Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen "auf Mineralöl entweder Einheitssätze oder Spannen von Sätzen....anzuwenden (sind)".

Trotzdem wurden - wie im Falle von Alkohol und Tabak - mit der Richtlinie 92/82/EWG lediglich Mindestsätze festgesetzt.

Die Kommission hat 1997 einen Vorschlag zur "Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen" (KOM(97)030) vorgelegt. In diesem Vorschlag hat die Kommission versucht, auf dem jetzigen System der Mineralölbesteuerung aufzubauen, in dem sie die Ausweitung dieser Mindestverbrauchsteuern auf alle Energieprodukte und damit auch auf Produkte vorschlägt, die direkt oder indirekt Mineralöle ersetzen können (Kohle, Koks, Bitumen, Erdgas und elektrischer Strom). Dieser Vorschlag wurde vom Rat nicht akzeptiert.

Neben der Harmonisierung der Mineralölsteuern ist auch die Schaffung eines echten Binnenmarktes für Raffinerieerzeugnisse wünschenswert. Damit wäre die Möglichkeit eines systematischen Vergleichs der in den Mitgliedstaaten geltenden Preise für Mineralölerzeugnisse gegeben. Ungleichheiten innerhalb der Gemeinschaft könnten leichter aufgezeigt werden und jegliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung verhindert und bestraft werden. Der fehlende Wettbewerb im Vertriebssektor ist derzeit ein signifikanter Kostenfaktor. Preisabsprachen werden getroffen und die Gewinnspannen bei Raffination und Verteilung entspricht nicht immer der Erhöhung des Anstiegs der Rohölpreise.

Versorgungssicherheit:

Die Europäische Union ist stark abhängig von Erdölimporten. Im Jahr 2000 musste die Europäische Union schon 75 % des gesamten Ölbedarfs einführen, dabei kamen 43 % der Importe aus OPEC Staaten. Bis zum Jahr 2020 müssen sogar 85 % des Öls importiert werden, weil die Vorräte in der Nordsee langsam zu Neige gehen.

Die Gesamtstrategie der Union muss darauf abzielen, die Abhängigkeit Europas von Energieimporten zu verringern. Am 29.11.2000 hat die Kommission ein Grünbuch zur Versorgungssicherheit (KOM(2000) 769) verabschiedet. Die darin erwähnten 6-Säulen-Strategie scheint eine gute Grundlage für eine gemeinsame Politik zu sein.

10. April 2001

**STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE
ANGELEGENHEITEN, MENSCHENRECHTE, GEMEINSAME SICHERHEIT UND
VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

für den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

zu der Mitteilung der Kommission „Die Erdölversorgung der Europäischen Union“
(KOM(2000) 631 – C5-0739/2000 – 2000/2335(COS))

Verfasser der Stellungnahme: Emilio Menéndez del Valle

VERFAHREN

In seiner Sitzung vom 23. Januar 2001 benannte der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik Emilio Menéndez del Valle als Verfasser der Stellungnahme.

Der Ausschuss prüfte den Entwurf einer Stellungnahme in seinen Sitzungen vom 19. März und 10. April 2001.

In der letztgenannten Sitzung nahm er die nachstehenden Schlussfolgerungen mit 44 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Elmar Brok (Vorsitzender); William Francis Newton Dunn und Catherine Lalumière (stellvertretende Vorsitzende); Alexandros Alavanos (in Vertretung von Andreas Brie), Ole Andreasen (in Vertretung von Bertel Haarder), Danielle Auroi (in Vertretung von Daniel Cohn-Bendit), Alexandros Baltas, Bastiaan Belder, Gunilla Carlsson, John Walls Cushnahan, Joseph Daul (in Vertretung von The Lord Bethell), Rosa M. Díez González, Andrew Nicholas Duff (in Vertretung von Paavo Väyrynen), Giovanni Claudio Fava (in Vertretung von Linda McAvan), Francesco Fiori (in Vertretung von José Pacheco Pereira gemäß Artikel 153 Absatz 2 der Geschäftsordnung), Monica Frassoni (in Vertretung von Matti Wuori), Michael Gahler, Per Gahrton, Gerardo Galeote Quecedo, Jas Gawronski, Vitaliano Gemelli (in Vertretung von Franco Marini), Alfred Gomolka, Vasco Graça Moura (in Vertretung von Hugues Martin), Klaus Hänsch, Magdalene Hoff, Giorgos Katiforis (in Vertretung von Ioannis Souladakis), Efstratios Korakas, Alain Lamassoure, Pedro Marset Campos, José María Mendiluce Pereiro (in Vertretung von Mario Soares), Philippe Morillon, Pasqualina Napolitano, Raimon Obiols i Germà, Arie M. Oostlander, Reino Paasilinna (in Vertretung von Jan Marinus Wiersma), Hans-Gert Poettering, Jacques F. Poos, Jacques Santer, Jacques Santkin, Jürgen Schröder, Ursula Stenzel, Ilkka Suominen (in Vertretung von José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra), Gary Titley, Johan Van Hecke, Geoffrey Van Orden und Christos Zacharakis.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, folgende Punkte in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

Ziffer 1a

fordert, dass diesem Dialog im Hinblick auf die Energieversorgung der Union sensiblen Gebieten besondere Bedeutung beigemessen wird, in denen die Union wirtschaftlich stark vertreten ist und dies auch politisch sein sollte, wie im Fall des Nahen Ostens; fordert den Rat in Anbetracht dessen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich aufgrund der jüngsten Vorfälle die Situation in dieser Region verschärfen und negative Auswirkungen auf die Stabilität der Preise und der Erdöllieferungen haben könnte, auf, geeignete Maßnahmen zur Verstärkung der politischen Präsenz der Union in diesem Gebiet auf der Grundlage einer Strategie einzuleiten, die einseitige, dem Charakter der GASP entgegenstehende Maßnahmen ausschließt;

Ziffer 1b

fordert angesichts des strategischen europäischen Interesses an einer stabilen Energieversorgung die Entwicklung von langfristig angelegten Strategien für die Region des Persischen Golfs sowie des Kaspischen Meeres und des Kaukasus, welche versuchen, die Diversifizierung der EU-Energieimporte zu gewährleisten, die Marktmacht der OPEC zu begrenzen und einen Beitrag zur Stabilisierung und Entwicklung der Regionen zu leisten;

Ziffer 2

begrüßt in diesem Zusammenhang in Anbetracht der engen Verbindung zwischen Mittelmeerraum und Nahem Osten die energiepolitischen Maßnahmen der Kommission im Rahmen der Zusammenarbeit Europa – Mittelmeer und fordert, dass der Dialog zwischen der Union und den am Barcelona-Prozess beteiligten nichteuropäischen Länder verstärkt wird, der mit dem Energieforum Europa – Mittelmeer eingeleitet wurde;

Ziffer 2a

fordert den Rat und die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten angemessenen Zugang zu den Energieressourcen Russlands und der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres durch Optimierung der Erdöl- und Erdgasnetze und unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen Europas und der betroffenen Drittländer

erhalten; hält es für wichtig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht übermäßig abhängig von einer spezifischen Lieferregion werden, und fordert sie nachdrücklich auf, die Energieressourcen durch die Entwicklung alternativer, autarkerer Energiequellen sowie durch Nutzung der Öl- und Erdgaslagerstätten in der Barentssee zu diversifizieren;

Ziffer 2b

fordert die Kommission auf, einen Plan in die Tat umzusetzen, mit dem innerhalb kurzer Zeit die Erdölvorräte vergemeinschaftet werden sollen;

11. April 2001

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

für den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

zu der Mitteilung der Kommission: „Die Erdölversorgung der Europäischen Union“
(KOM(2000) 631 – C5-0739/00 – 2000/2335(COS))

Verfasser der Stellungnahme: Ioannis Marinos

VERFAHREN

In seiner Sitzung vom 27. November 2000 benannte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung Ioannis Marinos als Verfasser der Stellungnahme.

Der Ausschuss prüfte den Entwurf einer Stellungnahme in seinen Sitzungen vom 6. März 2001, 21. März 2001 und 11. April 2001.

In der letztgenannten Sitzung nahm er die nachstehenden Schlussfolgerungen einstimmig mit 1 Enthaltung an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Christa Randzio-Plath, Vorsitzende; José Manuel García-Margallo y Marfil und Philippe A.R. Herzog, stellvertretende Vorsitzende; Ioannis Marinos, Verfasser der Stellungnahme; Richard A. Balfe, Luis Berenguer Fuster, Armonia Bordes, Hans Udo Bullmann, Richard Corbett (in Vertretung von Robert Goebbels), Jonathan Evans, Ingo Friedrich (in Vertretung von Marianne L.P. Thyssen), Michael Gahler (in Vertretung von Karl von Wogau gemäß Artikel 153 Absatz 2 der Geschäftsordnung), Lisbeth Grönfeldt Bergman, Christopher Huhne, Liam Hyland, Pierre Jonckheer, Othmar Karas, Giorgos Katiforis, Pii-Noora Kauppi, Alain Lipietz, Astrid Lulling, Peter Michael Mombaur (in Vertretung von Christoph Werner Konrad), Simon Francis Murphy, Ioannis Patakis, Manuel Pérez Álvarez (in Vertretung von Alejandro Agag Longo), Fernando Pérez Royo, Mikko Pesälä (in Vertretung von Carles-Alfred Gasòliba i Böhm), José Javier Pomés Ruiz, John Purvis (in Vertretung von Theresa Villiers), Alexander Radwan, Bernhard Rapkay, Amalia Sartori, Olle Schmidt, Peter William Skinner, Charles Tannock, Helena Torres Marques, Bruno Trentin, Jaime Valdivielso de Cué (in Vertretung von Alain Madelin) und Ieke van den Burg (in Vertretung von Pervenche Berès).

KURZE BEGRÜNDUNG

1. Voraussetzung für ein anhaltendes Wachstum in der Europäischen Union ist eine ausreichende und ungehinderte Versorgung mit Energieerzeugnissen zu relativ stabilen Preisen. Angesichts der steigenden Nachfrage in den kommenden Jahren ist es dringend geboten, diesbezüglich eine effiziente und langfristige Strategie zu entwickeln.
2. Erdöl wird noch auf Jahre hinweg eine vorrangige Stellung einnehmen. Die Union muss sich folglich zwangsläufig auf die Versorgung mit Erdöl vor allem aus den OPEC-Staaten stützen und gleichzeitig darauf hinarbeiten, ihre Abhängigkeit schrittweise zu verringern. Wesentliche Elemente ihrer Strategie sollten die Verringerung der Nachfrage nach Erdöl, die Förderung neuer Energieträger sowie die Diversifizierung der Versorgungsquellen sein. Für alle drei Ziele sind erhebliche Investitionen erforderlich.
3. Es ist darauf zu verweisen, dass die Verringerung der Nachfrage nach Erdöl entweder durch Energieeinsparung oder durch die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen erreicht werden kann. Noch besser wäre es, beide Ziele miteinander zu verknüpfen, da dies gleichzeitig zur Verringerung der Umweltverschmutzung beiträgt. Die Energieeinsparung betrifft sowohl Haushalte als auch Unternehmen und setzt die Verabschiedung von Programmen zum Abbau der Energievergeudung in Haushalt, Handel und Industrie voraus. Die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien (z. B. das Programm Auto-Oil der EU, gemeinsam mit dem Verband der Europäischen Automobilhersteller und anderen Industrieverbänden) wird die Herstellung einer neuen Generation von Kraftfahrzeugen mit einem erheblich reduzierten Ausstoß an Kohlendioxid und anderen Abgasen ermöglichen. Darüber hinaus würde ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Verkehrsträgern mit einer stärkeren Nutzung des Schienen- und Seeverkehrs auch für kurze Entfernungen es ermöglichen, den hohen Anteil des Straßenverkehrs am Energieverbrauch zu verringern. Auch entsprechende administrative Maßnahmen sollten in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden.
4. Im Bereich der neuen Energieträger sind der Ausbau der Sonnen- und Windenergie, die Kernfusion, die Entwicklung von Brennstoffzellen (fuel cells), die Kraft-Wärme-Kopplung, der Einsatz von Biomasse zur Wärmeerzeugung usw. zu fördern.
5. Zur Diversifizierung der Versorgungsquellen für Erdöl und Erdgas sollte die Union zunehmend die neuen Möglichkeiten nutzen, die sich in Russland und den anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion (beispielsweise Kasachstan) bieten. Die Erkundung von Boden und Meer in Europa könnte andere potentielle Versorgungsquellen erschließen. (Kürzlich wurden in der Nähe von Zypern große unterseeische Erdölvorkommen festgestellt.)
6. Natürlich muss ein ehrlicher und konstruktiver Dialog mit den OPEC-Ländern aufrechterhalten werden, wobei die besonderen Merkmale und die Struktur der Volkswirtschaften dieser Länder zu berücksichtigen sind. Es läge im Interesse aller Beteiligten, eine Vereinbarung über eine Richtpreisspanne zu erzielen (z. B. 22–28 Dollar pro Barrel), die den sich jeweils verändernden Bedingungen angepasst wird. Angesichts der wechselseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften darf diese Frage nicht einseitig angegangen werden. Erforderlich sind vielmehr ein koordiniertes Vorgehen bzw. zumindest

Beratungen und der Austausch von Informationen zwischen der Union und ihren Haupthandelspartnern.

7. Zur Bewältigung der Krisen ist die Anwendung eines einheitlichen und effizienteren Systems zur Bereithaltung wichtiger strategischer Reserven erforderlich. Tatsächlich hat derzeit jedes Land sein eigenes System, und auf Grund der jeweiligen Vorgehensweise sowie der Verteilung auf die Unternehmen treten Unregelmäßigkeiten bei der Haltung der Vorräte auf. Zudem gestaltet sich die Kontrolle recht schwierig.
8. Die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen im Bereich der Erdölprodukte ist nicht nur auf einzelstaatlicher, sondern auch auf Unionsebene geboten. Es wird deutlich, dass der Mangel an Wettbewerb bezüglich der Verteilung oft auf Absprachen zwischen den Vertriebsstellen einer Region zurückzuführen ist. Zudem sind die Gewinnspannen der vertikalisierten Unternehmen bei Raffination und Verteilung von zahlreichen Faktoren abhängig, unter anderem auch vom Wettbewerb, der zu ihrer Verringerung beiträgt.
9. Auch die Besteuerung kann eine wesentliche Rolle spielen und bei entsprechender Gestaltung der Steuersätze zur Realisierung von mehreren und häufig einander widersprechenden Zielstellungen der Union beitragen. Wenn es um die Besteuerung von Energieprodukten geht, beschränkt sich die Diskussion im Europäischen Parlament oft auf die Umweltaspekte. Es ist jedoch erforderlich, auch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die wesentliche Ziele der Union darstellen, beispielsweise den Wettbewerb, die Bekämpfung des Schmuggels, die Beschäftigung, den Inflationsabbau und die soziale Solidarität sowie die Minimierung möglicher nachteiliger Auswirkungen eines plötzlichen Anstiegs der Erdölpreise auf die Einkommen der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsgruppen.
10. Generell erfordert das Problem der Versorgung und der Bewältigung der negativen Auswirkungen der Erdölkrisen auf Wirtschaft und Gesellschaft einen globalen Ansatz, der kurz-, aber auch langfristige Maßnahmen umfasst. Die Mitteilung der Kommission kann die Grundlage für einen breiten und nützlichen Dialog mit allen Betroffenen darstellen und zu brauchbaren Beschlüssen führen. Wie angemerkt wird, ist ein dynamisches Herangehen an das Problem der Erdölversorgung notwendig. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vermeidung starker Preisschwankungen.
11. Der Berichterstatter hält die Elemente der Strategie und die grundsätzlichen Leitlinien, die in der zu prüfenden Mitteilung entwickelt werden, für sehr nützlich und unterstützt sie. Er begrüßt es zudem, dass die Kommission ein Grünbuch über die Versorgungssicherheit vorlegen wird, und erwartet mit Interesse das Weißbuch über die Verkehrspolitik.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, folgende Punkte in seinen Bericht zu übernehmen:

Erschließung neuer Energiequellen und Energieeinsparung

1. fordert die Kommission auf, die Erschließung neuer Energiequellen, einschließlich der Kernfusion, durch geeignete finanzielle Unterstützung und Anreizmaßnahmen zu fördern; im Rahmen der Förderung des Einsatzes neuer Energieträger bei Kraftfahrzeugen könnte ein solcher Anreiz darin bestehen, die Entwicklung und den Einsatz von Elektrofahrzeugen sowie allgemein von Fahrzeugen, die nicht mit Erdölprodukten betrieben werden, zu unterstützen;
2. zur Erreichung dieses Ziels sollte die Europäische Union ferner Anreize für die Koordinierung der Forschungstätigkeit von Automobilindustrie und einschlägigen Technologie- und Forschungseinrichtungen, z. B. durch Beihilfen oder Steuerbefreiung, gewähren, um die Herstellung von Fahrzeugtypen zu fördern, die einen geringeren Verbrauch an herkömmlichen flüssigen Brennstoffen haben und/oder mit neuen Energieträgern betrieben werden. Gleichzeitig ist auch der Einsatz von Erdgas für den Antrieb von Fahrzeugen systematisch und vorrangig zu fördern und auf möglichst breiter Basis durchzusetzen, da Erdgas billiger ist und die Umwelt weniger belastet. Auf diese Weise kann die EU den in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen im Hinblick auf die Verringerung der Schadstoffemissionen gerecht werden, die vor allem den mit Erdölprodukten betriebenen Verkehrsmitteln anzulasten sind;
3. weist darauf hin, dass die Verringerung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge durch eine entsprechende gesetzliche Regelung auch zur Energieeinsparung sowie gleichzeitig zur Realisierung anderer Ziele beitragen würde, beispielsweise zum Abbau der Umweltverschmutzung und zur Verringerung der Zahl der Verkehrsunfälle;
4. fordert die Kommission auf, die Erdölförderung, insbesondere in den Lagerstätten der EU, durch die Förderung der Forschung sowie der Investitionen in verbesserte Technologien zur Ausbeutung der Lagerstätten zu steigern;

Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den Verkehrsträgern

5. betont insbesondere die Bedeutung des Schienen- und Seeverkehrs bei der Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses der Verkehrsträger für den Gütertransport und die sich daraus ergebende Energieeinsparung; fordert, die Wiederbelebung des Schienenverkehrs durch die Modernisierung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen zu fördern, schlägt auch vor, den Einsatz von öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere solchen, die nicht mit Erdölprodukten betrieben werden, weiterzuentwickeln, wobei besonderes Gewicht auf den Schienen- und den Seeverkehr, insbesondere in Inselregionen, wo dies auch für kurze Entfernungen möglich ist, gelegt werden sollte; verweist darauf, dass es dringend notwendig ist, die Investitionen in die Infrastrukturen zu tätigen, die erforderlich sind, um ein wirkliches transeuropäisches Schienenverkehrsnetz zu entwickeln; gleichzeitig sind

Maßnahmen zu ergreifen, die eine systematische Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle privater Kraftfahrzeuge für den Personen- und Güterverkehr herbeiführen;

6. unterstützt jede Initiative, die auf die Diversifizierung der Versorgungsquellen für Rohöl abzielt; ist der Auffassung, dass geprüft werden sollte, ob ein Abkommen mit Kasachstan und den Ölgesellschaften über die Lieferung von Rohöl durch Pipelines aus Russland und/oder dem Iran abgeschlossen werden kann; fordert, die Exploration auf dem europäischen Kontinent sowie in den europäischen Gewässern zu ermutigen;
7. hält es für wichtig, dass die Europäische Union den Dialog mit den OPEC-Ländern fortsetzt, um eine höhere Transparenz und langfristig eine Stabilität der Preise zu erreichen, die im Interesse sowohl der Verbraucher- als auch der Erzeugerländer liegt; bekräftigt erneut seine Forderung an alle Erzeugerländer, insbesondere die OPEC-Staaten und Russland, mit den europäischen Verbraucherländern Verträge in Euro abzuschließen;

Strategische Vorräte

8. ist der Auffassung, dass es für die Verbesserung der Lagerhaltung zweckmäßig wäre, ein gemeinsames System zur Verwaltung der Vorräte der Raffinerien, der Gesellschaften sowie der Mitgliedstaaten einzuführen;

Wettbewerb

9. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen im Erdölsektor sowie um die Einhaltung der geltenden Wettbewerbsregeln zu verstärken; insbesondere sind Oligopole und Kartelle im Bereich der Raffination und der Verteilung an die Verbrauchsstellen zu untersuchen und zu unterbinden;
10. erinnert daran, dass die Verwendung steuerlicher Instrumente zur Dämpfung des Anstiegs der Weltmarktpreise für Öl mit den wirtschaftspolitischen Leitlinien und den im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eingegangenen Verpflichtungen vereinbar sein muss; fordert den Rat auf, unverzüglich eine Entscheidung über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Besteuerung von Energieerzeugnissen, der seit 1997 auf Eis liegt, zu fällen;

Besteuerung

11. ist der Auffassung, dass die Gestaltung der Steuern für Erdöl- und sonstige Energieprodukte, einschließlich Kerosin, das für den Flugzeugantrieb verwendet wird, die Politik der Union, insbesondere in den Bereichen Umwelt und Wachstum, aber auch bei der Realisierung von Zielen wie Wettbewerbsfähigkeit, Inflationsbekämpfung und Beschäftigungsförderung, zu unterstützen hat;
12. betont die Bedeutung von Anreizen für die Energieeinsparung sowohl im Interesse der Umwelt als auch mit dem Ziel, die Kosten in der Union zu senken, unter anderem im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, wo die Mineralölpreise weit unter den Preisen liegen, welche die Verbraucher in den Mitgliedstaaten zahlen müssen;

13. ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten ermutigt werden sollten, die Mehrwertsteuersätze bei einem erheblichen Anstieg der Rohölpreise anzupassen, um einerseits eine Erhöhung der Produktionskosten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Dienstleistungen in der Europäischen Union reduziert, und andererseits inflationäre Tendenzen, die die Kaufkraft der Verbraucher, vor allem der wirtschaftlich schwächeren Schichten, beeinträchtigen, zu verhindern;

11. April 2001

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELTFRAGEN, VOLKSGESUNDHEIT UND VERBRAUCHERPOLITIK

für den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

zu der Mitteilung der Kommission „Die Erdölversorgung der Europäischen Union“
(KOM(2000) 631 – C5-0739/2000 – 2000/2335 (COS))

Verfasser der Stellungnahme: Hans Kronberger

VERFAHREN

In seiner Sitzung vom 27. Februar 2001 benannte der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik Hans Kronberger als Verfasser der Stellungnahme.

Der Ausschuss prüfte den Entwurf einer Stellungnahme in seinen Sitzungen vom 22. März und 10. April 2001.

In der letztgenannten Sitzung nahm er die nachstehenden Schlussfolgerungen mit 34 Stimmen ohne Gegenstimme und mit 3 Enthaltungen an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Caroline F. Jackson, Vorsitzende; Guido Sacconi, stellvertretender Vorsitzender; Hans Kronberger, Verfasser der Stellungnahme; Per-Arne Arvidsson, Maria del Pilar Ayuso González, Jean-Louis Bernié, David Robert Bowe, John Bowis, Hiltrud Breyer, Philip Bushill-Matthews, Martin Callanan, Dorette Corbey, Chris Davies, Avril Doyle, Jillian Evans, Carlo Fatuzzo, Robert Goodwill, Françoise Grossetête, Christa Klab, Eija-Riitta Anneli Korhola, Paul A.A.J.G. Lannoye, Peter Liese, Minerva Melpomeni Malliori, Rosemarie Müller, Riitta Myller, Giuseppe Nisticò, Karl Erik Olsson, Mihail Papayannakis, Marit Paulsen, Dagmar Roth-Behrendt, Jacques Santkin, Horst Schnellhardt, Jonas Sjöstedt, Dirk Sterckx, Robert William Sturdy, Nicole Thomas-Mauro, Antonios Trakatellis und Phillip Whitehead.

KURZE BEGRÜNDUNG

- a) in der Erwägung, dass sich der Rohölpreis innerhalb der letzten zwei Jahre möglicherweise nicht nur aufgrund von gezielten Förderbeschränkungen, sondern auch aufgrund der Verknappung der Rohölressourcen mehr als verdreifacht hat und in der Europäischen Union wirtschaftliche und soziale Probleme, wie Streiks und eine enorme Belastung für sozial schwächere Menschen, verursacht hat;
- b) in der Erwägung, dass sich die Rohölpreissituation jederzeit noch weiter zuspitzen kann;
- c) in Kenntnisnahme von Studien ¹, die vor einer ernsthaften Verknappung der Erdölressourcen warnen und zum Ergebnis kommen, dass das weltweite Produktionsmaximum in Kürze überschritten werden wird und in der Folge mit einem Rückgang der Produktionsmenge zu rechnen ist, was zu weiteren Preissteigerungen führen kann;
- d) in Erwägung der großen Abhängigkeit der Europäischen Union von Erdölimporten von 75% im Jahr 2000, die auf über 85% im Jahr 2020 ansteigen dürfte;
- e) in Anbetracht der enormen Umweltkosten, die durch die Verbrennung von Erdöl, aber auch durch Transportunfälle verursacht werden;
- f) in der Erwägung, dass der Erdgaspreis an den Rohölpreis gekoppelt ist und Erdgas daher langfristig keine kostengünstige Substitutionsalternative darstellt;
- g) in der Erwägung, dass auch verbesserte Technologien, wie Tiefseebohrungen und die Gewinnung von Öl aus Sandschiefer, nicht über die Tatsache hinwegtäuschen können, dass Rohöl keine unendliche Ressource ist;
- h) betont, dass das Maximum der Ölfunde in den 60er-Jahren erreicht wurde und Neufunde seitdem zurückgegangen sind. Experten zufolge werden heute nur etwa 20-25 Prozent des jährlich verbrauchten Öls durch Neufunde ersetzt ²; gibt ferner zu bedenken, dass 90% unserer Ölproduktion aus Feldern stammt, die älter als 20 Jahre sind, und 70% aus Ölfeldern, die älter als 30 Jahre sind.

¹ z.B.: Jörg Schindler und Werner Zittel, „Weltweite Entwicklung der Energienachfrage und der Ressourcenverfügbarkeit“, Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH, Ottobrunn, Oktober 2000; Colin Campell und Jean Laherrere, „The end of cheap oil“, März 1998; Basler Prognos Institut, Peter Hofer, Die ZEIT Nr. 4, 29.Oktober 1998; Ken Chew, IHS-Energy Group, Genf; L.B. Magoon, „Are we running out of oil?“ US-Geological Survey

² Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH, „Ölfunde und Produktion“; C.J. Campbell, „Die neue Energiekrise, wann werden wir endlich daraus lernen?“

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, folgende Punkte in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass es äußerst unwahrscheinlich ist, dass der von der Kommission prognostizierte weltweite Erdölverbrauch von 115 Mio. Barrel pro Tag im Jahre 2020 durch eine in diesem Ausmaße erhöhte Tagesproduktion gedeckt werden kann. Selbst der Vorsitzende von BP, John Browne, sieht die maximal mögliche Produktionskapazität bei 90 Millionen Barrel Tagesproduktion, die seiner Einschätzung nach vermutlich in ca. 10 Jahren erreicht sein wird ¹;
2. betont, dass es annähernd auszuschließen ist, dass die OPEC diesen Bedarf mit einer Fördermenge von schätzungsweise 55 Mio. Barrel pro Tag, gegenüber 32 Mio. Barrel pro Tag im Jahre 2000, zu 50% abdecken kann. Auch wenn die künftigen Fördermöglichkeiten der OPEC die größte Unbekannte darstellen, so würde dies allein für die OPEC ein Steigerung von 1-2 Millionen Barrel Tagesproduktion pro Jahr bedeuten;
3. hebt hervor, dass es nahezu ausgeschlossen erscheint, dass die Europäische Union gemeinsam mit Norwegen im Jahr 2020 immer noch fast 6 Millionen Barrel fördern wird. Um diese Produktionsraten zu realisieren, müsste in den kommenden 20 Jahren in der Nordsee etwa soviel Öl gefunden werden wie in den vergangenen 35 Jahren. Tatsächlich befand sich gemäß Produktionsstatistik der Royal Bank of Scotland die Produktion von Großbritannien im Jahr 2000 auf dem niedrigsten Niveau seit 1993. Auch Norwegen dürfte sich nahe dem Produktionsmaximum befinden;
4. betont, dass eine Verdoppelung der Erdölproduktion in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion von 7,8 Mio. Barrel pro Tag im Jahr 2000 auf 14 Mio. Barrel pro Tag im Jahr 2020 annähernd auszuschließen ist. Nachdem seit dem Produktionsmaximum im Jahr 1989 die Produktion um ca. 40% gesunken ist, erscheint ein Wiedererreichen dieses Höchstwertes als äußerst schwierig, eine Verdoppelung aber als ausgeschlossen; fordert die Umweltverträglichkeit in der Energiezusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und Russland zu berücksichtigen; macht darauf aufmerksam, dass die Sicherheit der Ölhäfen und –transporte gewährleistet und die bereits getätigten Investitionen im Ostseeraum umfassend genutzt werden müssen;
5. stellt fest, dass Erdöl eine kostbare nicht erneuerbare Ressource ist, die für wichtige Lebensbereiche wie etwa für die Herstellung von Medikamenten benötigt wird. Der verschwenderische Umgang mit Erdöl ist allein aus Umweltschutzgründen, aber auch aufgrund weiterer drohender Versorgungsengpässe besorgniserregend; fordert daher die Kommission und den Rat auf, eine Strategie für einen schonenden Umgang mit der kostbaren Ressource „Erdöl“ zu entwickeln;

¹ „Independent“, 29.1.2001

6. hebt hervor, dass Erdgas, auch wenn es auf Dauer den steigenden Energiebedarf nicht decken können, als Alternative für einen Teil des Erdölverbrauchs und zur Diversifizierung der Energieträger und ihrer Herkunft dienen kann;
7. betrachtet die Kernenergie unter den derzeitigen Sicherheitsbedingungen in den modernen Kraftwerken als Alternative für einen Teil des Erdölverbrauchs, wenn das Problem der Abfälle gelöst wird;
8. teilt die Ansicht der Kommission, dass ohne eine wirksame Politik zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Förderung der erneuerbaren Energieträger und ohne dass strukturelle Anpassungen in den Sektoren mit hohem Energieverbrauch vorgenommen werden, ein wesentlicher Anstieg des Bruttoinlandsverbrauchs von Erdöl in der Europäischen Union folgt; fordert daher Kommission, Rat und die Mitgliedstaaten auf, rasch wirksame Maßnahmen, insbesondere im Verkehrs- und Hochbausektor, zu ergreifen;
9. ist der Ansicht, dass die erneuerbaren Energiequellen und die Biobrennstoffe den Verbrauch von Erdöl und Erdölderivaten teilweise ersetzen können und dass die Investitionen in die technische Erforschung der rationellen Energienutzung, von erneuerbaren Energiequellen und Biobrennstoffen mittel- und langfristig positive Auswirkungen haben werden;
10. fordert insbesondere den Europäischen Rat auf, den Aktionsplan der Kommission zur Verbesserung der Energieeffizienz in Anbetracht des Energieeinsparungspotenzials von 18%, mit für die Mitgliedstaaten verbindlichen Zielen rasch zu verabschieden, wie dies der Umweltausschuss bereits am 23.2. 2001 in seiner Stellungnahme gefordert hat;
11. fordert insbesondere den Europäischen Rat auf, die Richtlinie zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien mit verbindlichen Zielen für die Mitgliedstaaten zu versehen und rasch umzusetzen, wie dies das Parlament bereits am 16.11.2000 gefordert hat ¹;
12. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Wettbewerbsverzerrungen am Energiemarkt zu beseitigen, insbesondere durch eine Internalisierung externer Kosten sowie durch faire Durchleitungstarife für Strom aus erneuerbaren Energieträgern, um diesen eine Entwicklungsmöglichkeit zu geben, wie dies das Parlament ebenfalls am 16.11.2000 gefordert hat;
13. fordert aufgrund der Tatsache, dass 93% des prognostizierten Erdölanstieges auf den Verkehrssektor entfallen, hier besondere Maßnahmen wie die Förderung alternativer Treibstoffe- und Antriebstechnologien sowie eine verstärkte Forschung in diesen Bereichen durch die Gewährung finanzieller Mittel zu ermöglichen; hebt insbesondere die zukunftsweisende Entwicklung von Wasserstoff und Brennstoffzellen hervor und fordert wirksame Maßnahmen zur Förderung öffentlicher Verkehrsmittel;
14. fordert die Aufstockung der finanziellen Mittel für erneuerbare Energieträger, insbesondere der Programme SAVE und ALTENER;

¹ A5-0320/2000, Protokoll vom 16.11.2000 – Vorläufige Ausgabe

15. fordert, die Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung von Biobrennstoffen zu beschleunigen.

STELLUNGNAHME des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr

für den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

zu der Mitteilung der Kommission "Die Erdölversorgung der Europäischen Union"
(KOM(2000) 631 – C5-0739/2000 – 2000/2335 (COS))

Verfasser der Stellungnahme: Hannes Swoboda

VERFAHREN

In seiner Sitzung vom 24. Januar 2001 benannte der Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr Hannes Swoboda als Verfasser der Stellungnahme.

Der Ausschuss prüfte den Entwurf einer Stellungnahme in seinen Sitzungen vom 20. März und 24. April 2001.

In der letztgenannten Sitzung nahm er die nachstehenden Schlussfolgerungen mit 23 Stimmen bei 17 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Konstantinos Hatzidakis, Vorsitzender; Emmanouil Mastorakis and Rijk van Dam, stellvertretende Vorsitzende; Hannes Swoboda, Verfasser der Stellungnahme; Sir Robert Atkins, Emmanouil Bakopoulos, Rolf Berend, Freddy Blak (in Vertretung von Garrelt Duin), Theodorus .J.Bouwman, Philip Charles Bradbourn, Felipe Camison Asensio, Alain Esclopé, Giovanni Claudio Fava, Jacqueline Foster, Jean-Claude Fruteau (in Vertretung von Danielle Darras), Mathieu J.H.Grosch, Ewa Hedkvist Petersen, Mary Honeyball, Juan de Dios Izquierdo Collado, María Izquierdo Rojo (in Vertretung von Carmen Cerdeira Morterero), Georg Jarzembowski, Dieter-Lebrecht Koch, Giorgio Lisi, Sérgio Marques, Erik Meijer, Rosa Miguélez Ramos, Francesco Musotto, Juan Ojeda Sanz, Josu Ortuondo Larrea, Karla M.H Peijs, Wilhelm Ernst Piecyk, Samuli Pohjamo, Alonso José Puerta, Reinhard Rack, Isidoro Sánchez García, Dana Rosemary Scallon, Ingo Schmitt, Elisabeth Schroedter (in Vertretung von Reinhold Messner), Brian Simpson, Renate Sommer, Diana Wallis (in Vertretung von Marieke Sanders-ten Holte), Mark Francis Watts und Jan Marinus Wiersma (in Vertretung von Ulrich Stockmann).

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, folgende Punkte in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. fordert die Kommission auf dafür zu sorgen dass nicht nur zwischen den unterschiedlichen Energieträgern ein fairer Wettbewerb stattfindet, sondern auch innerhalb der Erdölbranche, die allzu oft von Oligopolsituationen in bestimmten Mitgliedstaaten gekennzeichnet wird und die zu Wettbewerbsverzerrung führt;
2. spricht sich dafür aus, dass die EU im Dialog mit den OPEC- und Nicht-OPEC-Ländern die noch zunehmende doppelte Abhängigkeit der EU, nämlich von in Dollar ausgedrückten Preisen pro Fass und vom Dollar selbst, zu verringern versucht und den Weg für eine Zahlung in Euro bereitet;
3. fordert den Rat „Allgemeine Angelegenheiten“, den ECOFIN-Rat und den Verkehrsministerrat auf, in Zusammenarbeit mit der Kommission einen Abstimmungsmechanismus zu erarbeiten und in Kraft zu setzen, der es erlaubt, innerhalb der Europäischen Union in Zukunft koordiniert auf einen kurzfristigen Anstieg des Ölpreises zu reagieren;
4. erachtet es als notwendig, dass der Erdölpreis auf einem Niveau gehalten wird das es den vorläufig noch teuren alternativen Energiequellen ermöglicht, erfolgreich in den Markt einzusteigen, damit auf Dauer eine nachhaltige „Mischung“ von Energieträgern insbesondere auch für den Verkehrssektor zum Tragen kommt; dies ist im Hinblick auf die EU-Erweiterung besonders wichtig, weil erfahrungsgemäß die Transportintensität im Zuge des Wachstums der Wirtschaft verhältnismäßig zunimmt;
5. ist sich der Tatsache bewusst, dass vom Verkehrssektor eine besonders große Anstrengung gefordert wird, um die Ölabhängigkeit der EU herabzusetzen; fordert deshalb die Kommission auf, die Bereitstellung von Alternativen zu den klassischen fossilen Brennstoffen mit allen Mitteln zu beschleunigen, damit die quantifizierten Zielsetzungen in Sachen Umwelt – im Anschluss an die Integration der Klimaschutzverpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll 12/97 in den Verkehrssektor - möglichst rasch erreicht werden können;
6. erachtet auch eine Strategie zur Entwicklung energiesparender Verkehrs- und Regionalpolitik und zur Förderung alternativer Energieträger für die Erweiterungsländer angesichts der oftmals prekären Umweltsituation einerseits und des zu erwartenden raschen Wachstums andererseits als besonders dringend;
7. fordert die EU-Kommission auf, ihrerseits mit allem Nachdruck bei den Mitgliedstaaten insbesondere im Bereich des Güterverkehrs und des Personennahverkehrs auf einer Umorientierung in Richtung energiesparende Verkehrsarten zu bestehen; auch die Siedlungsstrukturen sind generell in Richtung auf eine hohe Energieeffizienz zu planen und

insbesondere an Verkehrsstrukturen mit geringer Ölabhängigkeit anzupassen;

8. tritt dafür ein, vorhandene Mechanismen zur Verminderung der Auswirkungen von Erdölpreisschwankungen auf den Verkehrssektor auszubauen und neue einzuführen, wie
 - die weitere Harmonisierung der Mineralölsteuern der Mitgliedstaaten durch die Einführung einer dynamischen Ober- und Untergrenze,
 - die fortdauernde Angleichung der Wettbewerbsbedingungen sowohl zwischen den Modi als auch zwischen den Mitgliedstaaten,
 - die Schaffung intelligenter, interoperabler Verkehrssysteme durch die Nutzung der Technologien der Informationsgesellschaft,
 - die verstärkte Integration der heute noch modal organisierten Verkehrssysteme;
9. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Siedlungsstrukturen künftig generell in Richtung auf eine hohe Energieeffizienz zu planen und insbesondere an Verkehrsstrukturen mit geringer Ölabhängigkeit anzupassen;